Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2011-03-22

Dezernat/ Amt: II / Amt für Soziales und
Wohnen
Bearbeiter: Herr Selke
Telefon: 545 - 2161

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00728/2011

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen
Ausschuss für Finanzen
Ausschuss für Umwelt und Ordnung
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Betrieb einer Einrichtung zur zeitlich begrenzten Unterbringung von wohnungslosen
Personen

Beschlussvorschlag

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Betrieb der Wohnungslosenunterkunft im
Gebäude Mittelweg 9 auf der Grundlage der als Anlage beigefügten Rahmenkonzeption im
Rahmen eines Vergabeverfahrens auszuschreiben.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Gemäß des Beschlusses der Stadtvertretung vom 21. Februar 2011 zur Vorlage 00534/2010
wird die bisherige Unterkunft für wohnungslose Personen vom Standort Anne Frank Str.
51/52 in das Gebäude Mittelweg 9 verlegt.

Die Verlagerung des Standortes der Unterkunft kann unter Berücksichtigung der Zeit für die
bauliche Herrichtung voraussichtlich zum 1. Oktober 2011 erfolgen. Dabei ist
sicherzustellen, dass der laufende Betrieb der Einrichtung nahtlos übergeht.
Der laufende Betrieb der Unterkunft ist im Rahmen eines Vergabeverfahrens
auszuschreiben.

Die Kriterien für die Vergabe sind aus dem als Anlage beigefügten Konzept zur Betreibung
der Unterkunft abzuleiten.

Durch den Standortwechsel werden weder die rechtlichen Grundlagen des derzeitigen
Angebotes, noch die Finanzierungs- und Betreuungsleistungen dem Grunde nach tangiert.
Ziel ist es, die niedrighschwelligten Hilfen für den betroffenen Personenkreis zu möglichst
geringen Kosten für die Zukunft zu sichern.

Über den Betrieb der Wohnungslosenunterkunft ist mit einem Betreiber ein entsprechender

Leistungsvertrag abzuschließen.

Mit wem dieser Vertrag zu schließen ist, muss bei öffentlichen Aufträgen laut Vergabe und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) in einem umfassend vorgegebenen Vergabeverfahren entschieden werden.

Im konkreten Fall muss die Ausschreibung einer nachrangigen Dienstleistung nach Teil B der VOL gemäß den Regelungen des § 4 Abs.4 Vergabeverordnung (VgV) erfolgen.

Aus dieser Regelung ergibt sich ebenfalls, dass trotz des Auftragswertes von mehr als 100.000 € keine europaweite Ausschreibung erforderlich ist, sondern national ausgeschrieben werden kann.

In diesem Verfahren ist öffentlich die Leistung eindeutig und so erschöpfend zu beschreiben, dass alle Bewerber die Beschreibung im gleichen Sinne verstehen müssen und die Angebote miteinander verglichen werden können.

Die Beschreibung der Leistungen zum Betrieb der Wohnungslosenunterkunft werden aus dem anliegenden Rahmenkonzept abgeleitet und in den vom Bewerber anzufordernden Vergabeunterlagen dargestellt.

Diese Leistungen müssen dann lt. VOL Gegenstand des zu schließenden Vertrages werden.

2. Notwendigkeit

Wohnungslosigkeit stellt eine Gefahr für die Betroffenen und die Öffentlichkeit dar, der durch die Kommune zu begegnen ist.

Die Unterbringung in einer angemessenen Unterkunft ist eine geeignete Maßnahme, durch die zudem die Entstehung einer offenen Wohnungslosenszene in der Stadt vermieden wird.

3. Alternativen

Einrichtung eines so genannten Nachtasyls für wohnungslose Menschen.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine

Familien sollen auch zukünftig nicht in der Unterkunft, sondern mit regulärem Wohnraum versorgt werden.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Finanzielle Auswirkungen

Inwieweit eine Verbesserung des aufgabenbezogenen Zuschusses erreicht wird, kann erst auf Basis des Ausschreibungsergebnisses für den laufenden Betrieb abgeschätzt werden.

Gegenwärtig beläuft sich dieser Ausgabenbedarf auf 175 TEUR (Haushaltsstelle 43520.62000). Mehrausgaben bei den Mietkosten sollen durch Minderausgaben bei den Betriebs- und Bewachungskosten kompensiert werden.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

43 520 5300 Miete des Gebäudes der Unterkunft entsprechend dem Entwurf des Mietvertrages

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle:

43 520 5400 Bewachung
43 520 62000 Kosten für den Betrieb (Tagessätze)
43 520 62020 Betriebsnebenkosten

Anlagen:

Rahmenkonzeption über den Leistungsumfang des Betriebes der Wohnungslosenunterkunft Mittelweg 9

gez. Dieter Niesen
Beigeordneter

gez. Dr. Wolfram Friedersdorff
1. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin